

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
-------------------------	----------

1. Kapitel: Einige Überlegungen zur Gleichbehandlung von Notwehr und Nothilfe sowie deren Umfang	5
---	----------

A. Bedenken gegenüber einer Gleichbehandlung von Notwehr und Nothilfe	6
I. Die Notwehrregelung des § 32 StGB.....	7
II. Bedenken gegen die Weite der Nothilfebefugnis	9
III. Der Wortlaut des § 32 StGB.....	10
IV. Persönliche Betroffenheit des Nothelfers.....	11
V. Psychologische Momente auf seiten des Verteidigers.....	12
VI. Zusammenfallen von Notwehr und Nothilfe.....	13
VII. Allgemeine Hilfeleistungspflicht aus § 323c StGB.....	15
VIII. Nothilfe in der Nähe des hoheitlichen Sicherheitsrechts	16
IX. Rechtspolitische Einwände.....	19
1. Unterschiedliche Strafbarkeiten von Notwehrübendem und Nothelfer	19
2. Abnahme der Nothilfebereitschaft.....	21
3. Unzulässige Verkürzung des Schutzes wirklich Hilfsbedürftiger	21
4. Belastung des Angreifers durch Eingrenzung der Nothilfe	22
5. Zwischenergebnis.....	23
X. Fazit	24
B. Geschichtliche Grundlagen von Notwehr und Nothilfe.....	24
I. Das Römische Recht	25
1. Die Zwölf Tafeln	25
2. Das Corpus iuris civilis	29

II.	Das frühe germanische Recht.....	33
III.	Das kanonische Recht.....	34
IV.	Der Sachsenspiegel.....	38
V.	Die Constitutio Criminalis Carolina (CCC).....	40
VI.	Die neuzeitlichen Kodifikationen.....	45
1.	Das Allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten von 1794.....	45
2.	Das Bayerische StGB von 1813.....	47
3.	Das Preußische StGB von 1851.....	49
4.	Notwehr und Nothilfe in den übrigen Partikularstrafrechtsordnungen.....	50
VII.	Das Reichsstrafgesetzbuch von 1871.....	51
VIII.	Die Entwicklung nach 1871.....	51
IX.	Fazit.....	52
C.	Notwehr und Nothilfe bei Kant und Hegel.....	53
I.	Das Notwehr- und Nothilferecht bei Kant.....	54
1.	Grund der Notwehr.....	54
2.	Umfang der Notwehr.....	56
3.	Grund und Umfang der Nothilfe.....	59
II.	Das Notwehr- und Nothilferecht bei Hegel.....	60
1.	Grund der Notwehr.....	60
2.	Umfang der Notwehr.....	62
3.	Grund und Umfang der Nothilfe.....	65
III.	Fazit.....	66
D.	Notwehr und Nothilfe im europäischen Ausland – insbesondere Frankreich und England – sowie den Vereinigten Staaten von Amerika.....	67
I.	Frankreich.....	67
1.	Notwehr.....	68
2.	Nothilfe.....	68

3.	Zwischenergebnis.....	69
II.	England.....	69
1.	Notwehr.....	70
2.	Nothilfe.....	71
3.	Zwischenergebnis.....	72
III.	Notwehr und Nothilfe in weiteren europäischen Rechtsordnungen.....	72
IV.	Vereinigte Staaten von Amerika.....	74
1.	Notwehr.....	74
2.	Nothilfe.....	75
3.	Zwischenergebnis.....	76
V.	Fazit.....	77
E.	Ergebnis.....	77

**2. Kapitel: Das Notwehr- bzw. Nothilferecht von
Mitarbeitern privater Sicherheitsdienste 79**

A.	Grundlagen des privaten Sicherheitsgewerbes.....	80
I.	Die Entwicklung des privaten Sicherheitsgewerbes in Deutschland.....	81
II.	Quantitative Aspekte des privaten Sicherheitsgewerbes.....	82
III.	Tätigkeitsbereiche des privaten Sicherheitsgewerbes.....	83
IV.	Gesetzliche Grundlagen des privaten Sicherheitsgewerbes.....	84
V.	Formen der Veranlassung des Tätigwerdens von Mitarbeitern privater Sicherheitsdienste.....	87
1.	Unmittelbar staatlich veranlaßtes Tätigwerden.....	87
2.	Mittelbar staatlich veranlaßtes Tätigwerden.....	88
3.	Privat veranlaßtes Tätigwerden.....	90
VI.	Vergleich der Rechte und Tätigkeiten von Mitarbeitern privater Sicherheitsunternehmen und Polizeibeamten.....	90

1.	Auftreten.....	91
2.	Ausrüstung.....	92
3.	Ausbildung.....	93
4.	Aufgaben und Ziele.....	94
5.	Rechte und Befugnisse.....	97
a.	Vergleich zwischen § 32 StGB und den polizeilichen Befugnissen.....	98
b.	Insbesondere: Die Zulässigkeit des Schußwaffengebrauchs.....	99
6.	Zwischenergebnis	101
B.	Umfang der Notwehr- und Nothilfebefugnis von Mitarbeitern privater Sicherheitsunternehmen	102
I.	Notwendigkeit einer Einschränkung.....	103
1.	§ 32 StGB als hoheitliche Ermächtigungsgrundlage für Mitarbeiter privater Sicherheitsunternehmen	103
2.	Verfassungsrechtliche Bedenken.....	105
a.	Gefährdung des staatlichen Gewaltmonopols	105
aa.	Notwehr und Nothilfe im Bereich des staatlichen Gewaltmonopols	105
bb.	Beeinträchtigung des staatlichen Gewaltmonopols durch professionell ausgeübte Notwehr und Nothilfe.....	109
aaa.	Private Sicherheitsdienste als Privatarmee	110
bbb.	Private Sicherheitsdienste als neues Macht- und Gewaltpotential.....	112
ccc.	Zurückdrängung der privaten Unrechtsabwehr.....	112
ddd.	„Flucht ins Privatrecht“	115
(1)	Bei staatlich veranlaßtem Tätigwerden.....	115
(2)	Bei privat veranlaßtem Tätigwerden	120
(3)	Zwischenergebnis	125
eee.	Regel-Ausnahme-Verhältnis	126
fff.	Unberührtheit des staatlichen Kompetenzbereichs	127
ggg.	Unterscheidung Notwehr – Nothilfe.....	128

cc.	Zwischenergebnis.....	129
b.	Unvereinbarkeit mit dem Funktionsvorbehalt des Art. 33 IV GG.....	129
c.	Demokratieprinzip	131
d.	Vorbehalt des Gesetzes.....	134
e.	Sozialstaatsprinzip	134
f.	Subsidiaritätsprinzip	137
g.	Staatliche Schutzpflicht	138
aa.	Allgemeines	139
bb.	Betroffene Schutzpflichten.....	139
cc.	Umsetzung der Schutzpflichten.....	141
dd.	Grundrechtswidriges Unterlassen.....	142
h.	Zwischenergebnis	143
3.	Einfachgesetzliche Bedenken	144
a.	Historische Betrachtung.....	144
b.	Grammatikalische Auslegung	145
c.	Systematik	145
d.	Telos.....	145
4.	Rechtspolitische Erwägungen.....	147
5.	Fazit	149
II.	Möglichkeiten einer Einschränkung	150
1.	Versagung der Nothilfe	150
a.	Verfassungsrechtliche Bedenken	151
b.	Einfachgesetzliche Bedenken.....	153
2.	Einschränkung der Nothilfe.....	153
a.	Notwehr- bzw. Nothilfeprovokation	153
b.	Besondere Gefahrtragungspflichten.....	155
c.	Berücksichtigung von § 127 I 1 StPO	157
aa.	Zweck und Voraussetzungen des Festnahmerechts aus § 127 I 1 StPO.....	157
bb.	Parallelen von Festnahme- und Nothilfesituation	160

- cc. Annäherung der Eingriffsbefugnisse 163
- dd. Bedenken gegenüber dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz... 165
- ee. Vorteile einer Übertragung des
Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes 166
- 3. Fazit..... 166

**3. Kapitel: Einschränkung der Nothilfe gewerblicher
Sicherheitskräfte und die der Notwehr und Nothilfe
zugrunde liegenden Prinzipien 169**

- A. Problemaufriß..... 169
- B. Die Begründung von Notwehr und Nothilfe 171
 - I. Notwehrgrenzen – aus den die Notwehr tragenden
Prinzipien heraus zu entwickeln? 172
 - II. Überindividuelle Begründung von Notwehr und Nothilfe 173
 - 1. Der überindividuelle Ansatz Schmidhäusers 173
 - 2. Weitere überindividuelle Erklärungsansätze 181
 - a. Das Notwehrrecht als Mittel der „Bewährung“ der
Rechtsordnung nach Bitzilekis 181
 - b. Die Kombination von Zurechnung und Entlastung bei Haas..... 184
 - III. Individuelle Begründung von Notwehr und Nothilfe..... 185
 - 1. Koordinations- bzw. Vertragsmodelle..... 186
 - a. Das Koordinationsmodell Hruschkas..... 186
 - b. Notwehr als „Wiederherstellung des
Koordinationsverhältnisses“ nach Renzikowski..... 188
 - c. Das Vertragsmodell Hoyers..... 190
 - 2. Verantwortung des Angreifers für den Konflikt 193
 - 3. Die besondere Lage des Angegriffenen..... 196
 - 4. Allgemeine Handlungsfreiheit oder Persönlichkeitsrecht als
mitangegriffene Rechtsgüter 198

a.	Allgemeine Handlungsfreiheit	198
b.	Persönlichkeitsrecht	201
IV.	Eine dualistische Notwehr- und Nothilfebegründung	207
1.	Gleichstellung von Notwehr und Nothilfe	207
2.	Die Begründung der Notwehr	208
a.	Individualistischer Gedanke als Grundlage	208
aa.	Selbstschutz oder Güterschutz	208
bb.	Verfassungsrechtliche Absicherung	210
cc.	Umfang des Notwehrrechts auf Grundlage des individualistischen Gedankens	210
b.	Überindividualistischer Gedanke als Ergänzung und Begrenzung	215
aa.	Koordinationsprinzip als Ergänzung	215
bb.	Koordinationsprinzip als Begrenzung	219
aaa.	Grundrechte des Angreifers als direkte Begrenzung	219
bbb.	Schutzpflichtdimension der Grundrechte	219
ccc.	Schutzpflichtkollision und praktische Konkordanz	220
ddd.	Sozialethische Einschränkungen des Notwehrrechts	221
c.	Zwischenergebnis	226
3.	Die Begründung der Nothilfe	226
a.	Individualistischer Gedanke als Grundlage	226
aa.	Gegenseitige Solidarität	227
bb.	Individualrechtsgüterschutz	227
cc.	Verfassungsrechtliche Absicherung	229
dd.	Umfang des Nothilferechts auf Grundlage des individualistischen Gedankens	230
b.	Überindividualistischer Gedanke als Ergänzung und Erweiterung	233
aa.	Koordinationsprinzip als Ergänzung	233
bb.	Koordinationsprinzip als Erweiterung	235
c.	Integration des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes aus § 127 I 1 StPO	237

d. Zwischenergebnis	238
4. Die Gebotenheitsklausel als gesetzlicher Anknüpfungspunkt einer Differenzierung	239
5. Fazit	241
4. Kapitel: Praxistauglichkeit	243
A. Der von der Einschränkung betroffene Personenkreis	243
B. Zusammenfallen von Notwehr und Nothilfe	244
I. Übergang der Nothilfe in Notwehr	244
II. Vereinigung von Notwehr und Nothilfe in derselben Person	246
C. Rechtliche Vorbehalte	247
I. Grundrechte	247
II. Die Notwehr- und Nothilferegelung des § 32 StGB	250
III. § 34a GewO	251
IV. Zwischenergebnis	251
D. Überforderung des Staates	251
E. Fazit	253
Zusammenfassung und Ausblick	255
Literaturverzeichnis	259
Quellenverzeichnis	291